

Aufruf zu einer bayerischen antifaschistischen Aktionskonferenz

am 22./23. April 1989 in Nürnberg

Bei den Berliner Wahlen konnten die "Republikaner" für ihre ausländerfeindlichen und rechtsextremen Parolen 7,5 Prozent der Stimmen verbuchen. Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot und eine sozialreaktionäre Gesetzgebung sind der soziale Nährboden für faschistische Demagogie. Zweistellige Millionenbeträge investiert der Verleger der neofaschistischen "Nationalzeitung", Gerhard Frey in den Europawahlkampf seiner "DVU - Liste D", dem braunen Wahlbündnis von "Deutscher Volksunion" und NPD. Republikaner und DVU-Liste D greifen vorhandene Probleme auf und bieten Scheinlösungen an: Mit "Ausländer raus" könnten angeblich Wohnungsnot und Massenarbeitslosigkeit bekämpft werden. Damit wird von den wahren Schuldigen abgelenkt. Die Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau wurden gestrichen, gleichzeitig sind 100 Milliarden für das Kriegsflugzeug "Jäger 90" eingeplant, der Bau der Atombombenfabrik WAA soll mit allen Mitteln durchgesetzt werden.

Am 18. Juni 1989 finden die Europawahlen statt. Sie sind der Auftakt zu einer Serie weiterer Wahlkämpfe 1990: Kommunalwahlen, Landtag und Bundestag. "Republikaner", DVU und NPD rechnen sich besonders in Bayern Chancen aus. Das kommt nicht von ungefähr. Ist es doch die Politik besonders der CSU, die hier ein Klima geschaffen hat, in dem Rechtsextremismus, Neofaschismus, Rassismus und reaktionäre Politik gegen Frauen gedeihen: mit Diskriminierung von Ausländern und gesellschaftlichen Minderheiten, mit Revanchismus und Demokratieabbau. In der Bonner Regierungskoalition sind es ebenfalls die Repräsentanten der bayerischen Regierungspartei, die den reaktionären Kurs vorantreiben: Die Anti-Ausländergesetzgebung, das Bestreben, das Asylrecht abzuschaffen, der Ausbau staatlicher Überwachungs- und Repressionsmaßnahmen. Das wird sich noch verschärfen - sofort nach der Berlinwahl hat CSU-Chef Theo Waigel einen weiteren Rechtsruck seiner Partei angekündigt. Insgesamt besteht die Gefahr, daß sich das politische Klima in unserem Land noch weiter nach rechts verschiebt.

GEMEINSAM



GEGEN ALTE UND NEUE NAZIS!

Es nimmt nicht wunder, daß die Zentralen von "DVU - Liste D" und "Republikanern" in der bayerischen Landeshauptstadt angesiedelt sind. Auch der neue "Führer" der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP), des Partei-Ablegers der neofaschistischen Terrorszene, Friedhelm Busse, hat wieder München als Domizil gewählt. Dazu kommt, daß es in keinem anderen Bundesland eine vergleichbare Konzentration und Vernetzung neofaschistischer und rechtsextremer Ideologie-, Verlags- und Publikationszentren gibt: unter anderem den Münchner Frey-Medienkonzern mit seinen wöchentlich in einer Auflage von über 130.000 Exemplaren erscheinenden Zeitungen oder die Publikationsunternehmen der rechtsradikalen Aktivisten Dehoust in Coburg und Sudholt am Stamberger See.

Geplanter Ablauf der Konferenz:

Samstag, 22. April

Einführungsplenum

Aktuelle Situation; Ergebnisse der bundesweiten antifaschistischen Konferenz vom 28./29. Januar 1989 in Bremen

Anschließend Arbeit in Arbeitsgruppen

Als Themen für Arbeitsgruppen sind vorgesehen:

- Neofaschismus und Jugend
- Rassismus
- Neofaschismus in Bayern
- Kommunal- und Landtagswahlen 1990
- "Neue Rechte"
- Früher "Rassenhygiene", heute "Humangenetik"
- Repression und Widerstandsbekämpfung
- Die "Republikaner"
- Konzerne und Neofaschismus
- Allgemeine Rechtsentwicklung und soziale Frage
- Antifaschistischer Widerstand
(Geschichte, Formen, Bündnispolitik)

Samstagabend

Öffentliche Veranstaltung zum Thema:

"Rechtsentwicklung und Neofaschismus in den europäischen Ländern und Möglichkeiten des Widerstands".

Sonntag, 23. April

Fortsetzung der Arbeitsgruppen

Berichte aus den Arbeitsgruppen

Abschlußplenum

Die blutigen Spuren des Neofaschismus in Bayern sind unübersehbar. Über 20 Menschen sind ihm in den letzten Jahren zum Opfer gefallen - vom Oktoberfest-Attentat bis zum Brandanschlag auf ein von Türken bewohntes Haus in Schwandorf.

Nach wie vor gebieten die zuständigen politischen Gremien und Behörden in Bayern, Polizei und Justiz, dem zunehmenden Neofaschismus nicht Einhalt. Im Gegenteil: immer wieder werden faschistische Organisationen und ihre Propaganda geduldet, wenn nicht gar gefördert und geschützt.

Zugenommen aber hat die Gegenwehr von Parteien und Gewerkschaften, kirchlichen Kreisen, Jugendorganisationen, Bündnissen, Initiativen, unabhängigen Gruppen, engagierten Einzelpersonen - auch von Stadt- und Gemeindeverwaltungen gegen neofaschistische und rechtsextreme Provokationen. Viele Menschen in Bayern wehren sich, leisten Widerstand.

Diesen Widerstand zu verbreitern und zu intensivieren, ist das Ziel einer landesweiten antifaschistischen Aktionskonferenz. Nachdem in Bremen Ende Januar eine bundesweite antifaschistische Aktionskonferenz (mit insgesamt 800 Teilnehmern und Teilnehmerinnen, getragen von 76 Initiativen und 196 Organisationen) stattfand, geht es für uns in Bayern nun darum, eigenständige Strukturen und Perspektiven für den antifaschistischen Kampf zu entwickeln. Dazu will die bayerische Aktionskonferenz, zu der eine ähnliche politische Breite wie in Bremen angestrebt wird, weiterführende Beiträge leisten.

Bisherige Aufrufer: _____

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) - Bund der Antifaschisten, Landesverband Bayern • Hans-Günther Schramm, MdL • Die Grünen, Landesarbeitskreis Rechtsentwicklung und Neofaschismus Bayern • DKP Nord- und Südbayern • SDAJ Franken/Oberpfalz und Südbayern • Bezirksarbeitskreis Grüne Frauen Schwaben • Initiative Kirche von Unten, München und Oberbayern • Jugendgruppe der IG Druck und Papier München • Redaktion "Radi-aktiv" • Antifaschistische Jugendfront München • Freie Flüchtlingsstadt Nürnberg • Deutsche Journalistinnen- und Journalistenunion (dju) in der IG Medien, OV München • Antifa-Plenum Nürnberg • Anti-Strauß-Komitee, München • Info-Büro Coburg • Volksfront LV Bayern • Antifa-Plenum Weißenburg • Billige Begegnungsstätte, Passau • Info-Büro Freies Wackerland, Bodenwöhr • KB Nürnberg • Die Grünen, Kreisverband Passau • Verein zur Förderung des kulturellen Bewußtseins junger Menschen e.V., Passau

Ich/wir unterstütze/n die bayerische antifaschistische Aktionskonferenz
am 22./23. April 1989 in Nürnberg.

Ich bin / wir sind mit der Veröffentlichung meines/unseres Namens
einverstanden.



Einzelpersonen

Name	Anschrift
------	-----------

Funktion	Unterschrift
----------	--------------

Organisationen

Name	Anschrift	Stempel/ Unterschrift
------	-----------	-----------------------

(Mitaufzufende Organisationen beteiligen sich mit einem Unkostenbeitrag von mindestens DM 50,- an der Finanzierung der Konferenz)

Bitte die Zustimmungserklärung bis zum 22. März 1989 senden an:
"Vorbereitungskreis Antifaschistische Konferenz in Bayern",
Martin Löwenberg, Blodigstraße 14, 8000 München 45

Spendenaufuf

Die Vorbereitung der bayernweiten antifaschistischen Aktionskonferenz kostet Geld!
Deshalb bitten wir dringend um Spenden auf das
Sonderkonto Konferenz 22./23. April 1989, Martin Löwenberg
Postgiroamt München, Konto-Nummer 48 86 48 - 800, BLZ 700 100 80

Kontaktadresse für Anfragen, Anregungen etc.:

Vorbereitungskreis "Antifaschistische Aktionskonferenz"
c/o Martin Löwenberg, Blodigstraße 14, 8000 München 45
Telefon 089/ 313 35 27

GEMEINSAM GEGEN ALTE UND NEUE NAZIS!



Anmeldung

Zur Teilnahme an der bayernweiten antifaschistischen Aktionskonferenz in Nürnberg im "KOMM"

Ich nehme / wir nehmen an der Konferenz mit Personen teil.

Ich will / wir wollen uns an folgender Arbeitsgruppe beteiligen:

.....
Ich benötige / wir benötigen Schlafplätze

Name

Straße

Ort

Datum und Unterschrift

(bitte lesbar schreiben)

Für die Konferenz wird pro Teilnehmer/in ein Beitrag von DM 15,- erhoben.
Alle schriftlich angemeldeten Teilnehmer/innen erhalten vor der Konferenz Materialien mit Thesen/
Diskussionsbeiträgen zu den Arbeitsgruppen.
